

Niederschrift

UMWELT/IX/012

Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz

Dienstag, 07.05.2019, 18:00 Uhr

Ratssaal, Don-Bosco-Str. 6, 41352 Korschbroich

Tagesordnung

I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger/Bürgerinnen
4. Antrag der Ratsfraktion "Die Aktive" vom 10.04.2019
hier: Anfrage zum aktuellen Sachstand bezüglich der Grundwassersituation in Korschbroich
5. Bericht des Erftverbandes zu den Grundwasserkappungsmaßnahmen
6. Antrag der Ratsfraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 16.04.2019
hier: Anreize schaffen für klimafreundliche Vorgärten
7. Städtisches Förderprogramm: Entsiegelung von Vorgartenflächen
Vorlage: IX/1148
8. Lärmaktionsplan 3. Runde
hier: Ergebnisse der 2. Stufe der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung
Vorlage: IX/949/3
9. Lärmaktionsplan 3. Runde
hier: Empfehlungen zum abschließenden Ratsbeschluss
Vorlage: IX/949/4
10. Ergebnisbericht Baumschutzsatzung 2018
Vorlage: IX/1149

11. Gewährung von Zuschüssen an Vereine und Verbände für das Jahr 2019
Vorlage: IX/1150
12. Mitteilungen
13. Anfragen von Ausschussmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste

CDU-Ratsfraktion

Esser, Peter Josef	sachk. Bürger
Heidemann, Andreas	Ausschussmitglied
Indenhuck, Hubert	Ausschussmitglied
Kolvenbach, Heinrich	Ausschussmitglied
Krames, Ursula	sachk. Bürgerin
Lieser, Wolfgang	Ausschussmitglied
Scheufeld, Bernd	sachk. Bürger

SPD-Ratsfraktion

Afflerbach, Karl-Ulrich	Ausschussmitglied
Kirchhoff, Vera	sachk. Bürgerin
Teppler-Lenzen, Denis	sachk. Bürgerin

Ratsfraktion Die Aktive

Pflieger, Hermann	sachk. Bürger
-------------------	---------------

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Edelburg, Julia-Kathrin	sachk. Bürgerin
Houben, Wolfgang	Ausschussvorsitzender

FDP-Ratsfraktion

Gruhl, Hermann-Joseph	Ausschussmitglied
-----------------------	-------------------

Ratsfraktion ULLi/Zentrum

Makowiack, Bernd	Mitglied mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 GO NRW
------------------	--

Verwaltung

Hoffmans, Dieter	Leiter Amt 61 (Stadtentwicklung, Planung und Bauordnung)
Onkelbach, Georg	Beigeordneter
Renette, Sabine	Schriftführerin
Venten, Marc	Bürgermeister
Verjans, Theo, Dr.	stellv. Schriftführer

BUND

Sack, Gerd	sachk. Einwohner
------------	------------------

Niederschrift

Der Ausschussvorsitzende Wolfgang Houben eröffnet die 12. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Weiter stellt er fest, dass der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz beschlussfähig ist.

Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

- Eine Bürgerin berichtet, dass sie in der Zeitung gelesen hat, dass in einigen Jahren wieder „normale“ Grundwasserstände in Korschenbroich erreicht werden. Da sie zugezogen sei, wollte sie sich erkundigen, was hierunter zu verstehen ist.

Beigeordneter Georg Onkelbach erklärt, dass die Verwaltung nicht für etwaige Artikel der Presse zuständig ist und gibt die Frage an Herrn Holger Diez vom Erftverband weiter.

Holger Diez vom Erftverband erklärt, dass, je nach Bergbaufortschritt und Sümpfungseinfluss, im Jahr 2070/2080 der ursprüngliche Grundwasserstand wie vor dem Braunkohleabbau erreicht wird.

Amtsleiter Dieter Hoffmans schlägt der Bürgerin vor, sich beim Fachamt über den Grundwasserstand ihres Eigentums zu erkundigen.

- Der Jüchener Bach soll nach der Renaturierung „erlebbarer“ sein. Die Bürgerin fragt nach der Bedeutung dieser Aussage in der Presse.

Technischer Angestellter Dr. Theo Verjans berichtet, dass es einen Entwicklungsplan Kulturlandschaft im Rhein-Kreis Neuss gibt, der auch verschiedene Projekte in Korschenbroich vorsieht. So soll z.B. eine Durchgängigkeit für Wanderer und Radfahrer in der Jüchener Bachaue geschaffen werden. Es sollen einzelne Stationen mit Erklärungen/Erläuterungen zu unterschiedlichen Themen gegeben und Verweilmöglichkeiten geschaffen werden. Man befinde sich derzeit noch in der Planungsphase. Konkrete Projekte sind noch nicht umgesetzt. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Haushaltslage der Stadt.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Schriftführerin wird Verwaltungsangestellte Sabine Renette bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird einstimmig bei einer Stimmenthaltung das Ausschussmitglied Hermann-Joseph Gruhl bestellt.

3. Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger/Bürgerinnen

Es werden keine Verpflichtungen vorgenommen.

Ausschussvorsitzender Wolfgang Houben erklärt, dass die Ratsfraktion „Die Aktive“ ihren Tagesordnungspunkt vorstellt und sich daran der Tagesordnungspunkt 6 direkt anschließt. Dementsprechend ändert sich die Tagesordnung. Damit erklärt sich Ausschussmitglied Hermann Pflieger einverstanden.

4. Antrag der Ratsfraktion "Die Aktive" vom 10.04.2019

hier: Anfrage zum aktuellen Sachstand bezüglich der Grundwassersituation in Korschenbroich

Ausschussmitglied Hermann Pflieger bedankt sich bei Herrn Holger Diez vom Erftverband für sein Kommen und erläutert den Antrag der Ratsfraktion „Die Aktive“, welcher Informationen über den Stand der Planungen für die Verlängerung der Grundwasserverträge, zur Grundwassersituation in Korschenbroich und zu den erwartenden Auswirkungen des vorzeitigen Ende des Braunkohleabbaus durch einen Vertreter des Erftverbandes wünscht. Hinsichtlich der Transparenz gegenüber der Bürgerin und dem Bürger erkundigt sich Ausschussmitglied Hermann Pflieger nach den Kosten in der nächsten Dekade der Grundwasserverträge. Er ist der Meinung, dass in der ersten Dekade die Kosten recht hoch waren, da die Pumpenstandorte erst hergestellt werden mussten. Es schließt der Vortrag von Herrn Diez an, in dem dieser u.a. auf die o.g. Punkte eingeht.

5. Bericht des Erftverbandes zu den Grundwasserkappungsmaßnahmen

Herr Holger Diez vom Erftverband stellt den Auswertebereicht des Wasserwirtschaftsjahres 2018 vor und berichtet über die Grundwassersituation im Winter 2018/2019. Die Präsentation ist als Anlage der Niederschrift als Dokument angehängt, hieraus sind auch die wesentlichen Inhalte des Vortrages zu entnehmen.

Im Anschluss findet eine Diskussion zu einzelnen Punkten des Vortrages statt.

Ergänzend zum Vortrag erläutert Bürgermeister Marc Venten, dass bereits im Januar erste Gespräche zwischen dem Erftverband und der Stadt bzgl. der Fortführung des Kappungsmodells stattgefunden haben. Hierbei habe der Erftverband dankenswerterweise zugesagt, dass etwaige Überschüsse aus der ersten Dekade bei Fortführung der Maßnahme auf diese angerechnet werden, obwohl der Erftverband hierzu vertraglich nicht verpflichtet ist. Hierdurch werden sich die Gesamtkosten reduzieren. Des Weiteren weist er darauf hin, dass der Rhein-Kreis Neuss sich ebenfalls im gleichen Umfang wie bisher an den Investitionskosten beteiligen wird.

Beigeordneter Georg Onkelbach führt aus, dass bereits erste Gespräche zwischen der Stadt und der Unteren Wasserbehörde bezüglich der Wasserrechte erfolgt sind.

Ausschussmitglied Hermann Pflieger bedankt sich bei Herrn Diez für seine Ausführungen und fragt nach, ob schon konkrete Maßnahmen bzw. Berechnungen für den Fall einer frühzeitigeren Einstellung des Tagebaus vorliegen. Entsprechendes fragt auch Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach nach.

Herr Diez verweist auf die im Vortrag zitierte Stellungnahme der RWE Power AG. Entsprechend sind noch keine konkreten Planungen erfolgt, da es noch an einer rechtlichen Grundlage fehlt bzw. die politische Entscheidung noch aussteht.

Mit Blick auf die angesprochene Thematik einer vorzeitigeren Beendigung des Tagebaus bzw. Abschaltung der Kohlekraftwerke spricht sich Beigeordneter Georg Onkelbach dafür aus, zunächst konkrete Entscheidungen auf politischer Ebene abzuwarten. Solange entsprechende Entscheidungen nicht vorliegen, sind Prognosen und Szenarien rein spekulativ und führen nur zu einer Verunsicherung der Bevölkerung.

6. Antrag der Ratsfraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 16.04.2019 hier: Anreize schaffen für klimafreundliche Vorgärten

Ausschussmitglied Julia-Kathrin Edelburg erläutert den Antrag der Ratsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ der die Verwaltung beauftragen soll, ein Konzept für den Erhalt und die Aufwertung von klimafreundlichen Vorgärten in der Stadt Korschenbroich zu entwickeln. Als Bausteine eines solchen Konzepts kommen folgende Punkte infrage:

- Intensive Öffentlichkeitsarbeit für eine naturnahe und ökologisch sinnvolle Gestaltung von Vorgärten, Grundstücksflächen sowohl im privaten wie gewerblichen Bereich
- Beratung und Information von Hausbesitzer*innen für eine einfache und zugleich ökologisch wertvolle Gestaltung von Vorgärten
- Anreize für blühende und insektenfreundliche Vorgärten
- Der Erlass von Vorgartensatzungen

Es folgt eine rege Diskussion zu diesem Antrag. Gleichzeitig wird dabei auch bereits inhaltlich auf den nachfolgenden Tagesordnungspunkt „Städtisches Förderprogramm: Entsiegelung von Vorgartenflächen“ Bezug genommen.

Grundsätzlich wird der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen von allen begrüßt. Im Einzelnen werden hierzu noch folgende Anregungen gegeben:

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser geht auf die ökologische Bedeutung der Vorgärten ein und unterstreicht die negativen Auswirkungen auf das Mikroklima bei einer Gestaltung als Schotterflächen (Aufheizung, mangelnde CO₂-Bindung, fehlendes Nahrungsangebot für Insekten und hieraus folgend keine oder nur geringe Artendiversität).

Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach fragt nach den rechtlichen Möglichkeiten, entsprechende Festsetzungen in den Bebauungsplänen zu treffen. Gleichzeitig geht er auf wasserrechtliche Aspekte bei der Gestaltung als Schottergarten ein.

Amtsleiter Dieter Hoffmanns erläutert hierzu, dass bereits entsprechende Festsetzungen in den jüngeren Bebauungsplänen (z.B. An der Niers-Aue, Westl. Dietrich-Bonhoeffer-Straße) zur Gestaltung der Vorgärten getroffen wurden. In älteren Bebauungsplänen wurden zwar auch entsprechende Festsetzungen getroffen; diese sind teilweise jedoch nicht konkret genug (z.B. Ausweisung als „gärtnerisch genutzte Flächen“).

Auf Nachfrage erläutert Amtsleiter Dieter Hoffmanns, dass bei der Bauantragsstellung eine entsprechende Prüfung stattfindet, ob die Vorgaben eingehalten werden. Auch findet eine Kontrolle im Rahmen der Schlussabnahme statt.

Zu den wasserrechtlichen Aspekten wird darauf verwiesen, dass die entsprechend genutzten Folien in der Regel wasserdurchlässig sind und somit für die Flächen keine Abwassergebühren erhoben werden können.

Beigeordneter Georg Onkelbach unterstreicht die grundsätzliche Bedeutung einer „neuen Bewusstseinsbildung“ für ökologische Belange. Man müsse weg von einer Steinwüste, hin zu einer ökologischen Gestaltung. Dies betreffe nicht nur die Gestaltung von privaten Vorgärten, sondern auch öffentliche Flächen. Auch hier müsse man weg von den „scheckheftgepflegten“ Grünflächen, hin zu wertvolleren „Ökoflächen“. Grundsätzliche Voraussetzung hierfür sei natürlich eine entsprechende Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung für solche Maßnahmen.

Ausschussmitglied Gerd Sack verweist darauf, dass er bereits mit der Stadtverwaltung ein Gespräch geführt und dort angeregt hat, ein entsprechendes Kataster aufzustellen, welches Flächen ausweisen soll, die zu Blumenwiesen umgestaltet werden können. Er habe weiterhin angeregt, hierfür 25.000 € bereitzustellen.

Ausschussmitglied Bernd Makowiack stellt fest, dass die gleiche Problematik auch für Hausgärten besteht, auch hier komme es zu einer zunehmenden Versiegelung und „ökologischen Verödung“ (Erweiterung von Terrassen, Anlage von Pools, Gartenhäuser, monotone Rasenflächen etc.). Er habe bereits vor einiger Zeit schon einmal beantragt, Blühwiesen anzulegen - ohne Erfolg. Insofern wundert er sich nun, dass dies plötzlich möglich sei. Der Antrag finde daher auch seine volle Unterstützung.

Auch vom Ausschussmitglied Deniz Teppler-Lenzen gibt es Unterstützung für den Antrag. Sie berichtet aus eigener Erfahrung, dass sie während der Bauphase kontrolliert wurde und fragt nach, warum nach 15 Jahren keiner die Zustände in den Gärten kontrolliert und ob die Stadt hier-

für Kapazitäten habe. Sie findet es außerdem wichtig, dass diejenigen, welche bereits jetzt schon einen ökologischen Garten haben, unterstützt werden. Zumal die Sinnhaftigkeit von „Sanktionen“ generell hinterfragt werden müsse.

Bürgermeister Marc Venten berichtet, dass auch der Rhein-Kreis Neuss ein Aktionsbündnis mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden gegen das Insektensterben ins Leben gerufen habe. Er beabsichtige die entsprechende Erklärung zu unterzeichnen. Wichtig seien hierbei vor allem der Erfahrungsaustausch und die Selbstverpflichtung.

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser unterstreicht die Notwendigkeit, möglichst viele Menschen für diese Sache zu gewinnen. Dementsprechend solle man die entsprechenden Fachfirmen/Gartenbaubetriebe mit einbeziehen und als Multiplikatoren nutzen. Hinsichtlich der klimatischen Aspekte verweist er auf die „Düsseldorfer Erklärung“, welche von verschiedenen Städten unterzeichnet wurde - wie in der Presse zu lesen war. Hier werde u.a. eine grundlegende Novellierung der Baunutzungsverordnung BauNVO und der Verwaltungsvorschrift TA-Lärm gefordert, damit z. B. CO₂ minimiert wird.

Ausschussmitglied Gerd Sack macht Ausschussmitglied Wolfgang Lieser darauf aufmerksam, dass die Gartenbauvereine im Thema sind; an den Bürgermeister Marc Venten gerichtet verweist er auf eine Veranstaltung vom BUND, die ökologisch gestaltete Gärten prämiiert.

Des Weiteren stellt Ausschussmitglied Gerd Sack fest, dass auf der neuen Internetseite der Stadt der Arbeitskreis Klimaschutz erwähnt wird; Aktivitäten des Arbeitskreises habe er aber im letzten Jahr vermisst.

Ausschussmitglied Hermann Pflieger erinnert an den letzten Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz, wo die Verwaltung beauftragt wurde, ein Konzept vorzulegen, dass kleine Flächen zu Blühwiesen entwickelt und fragt nach dem Stand der Dinge.

Beigeordneter Georg Onkelbach erläutert, dass bisher noch kein Konzept erstellt werden konnte. Er unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit, in der Bevölkerung Akzeptanz für ökologische Maßnahmen zu fördern. Beispielhaft führt er die bisher bekannten Reaktionen auf die Extensivierung der Pflege bei öffentlichen Grünflächen an. Dies hat immer zu Beschwerden aus der Bevölkerung geführt. Insofern hält er eine Extensivierung bzw. Flächenumwandlung für zumindest kritisch.

Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach regt an, weniger Mahd-Durchgänge durchzuführen und zu klassischen Bewirtschaftungsformen zurückzufinden, hierdurch werde sich dann automatisch eine höhere Artendiversität einstellen.

Des Weiteren führt er an, dass in 2017 im Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz gesagt wurde, dass bei Neuverpachtungen der landwirtschaftlichen Flächen der Stadt diese ökologisch genutzt werden sollen. Er fragt nach, inwieweit dies erfolgt ist und schließt seine Bitte an, hierzu eine entsprechende Karte bzw. Auflistung zu erstellen. Dies nicht zuletzt zur Dokumentation der bereits erfolgten Maßnahmen

Beigeordneter Georg Onkelbach erklärt, dass keine bestehenden Verträge mit den Landwirten gekündigt wurden, diese verlängern sich automatisch.

Bei Neuabschluss von Pachtverträgen für landwirtschaftliche Flächen (z.B. Pächterwechsel) ist eine entsprechende Klausel zum Verbot des Einsatzes von Glyphosat und Neonikotinoide in die Verträge aufgenommen worden.

Ausschussmitglied Deniz Tepler-Lenzen weist nochmal auf die Wichtigkeit der „Mitnahme“ der Bevölkerung in dieser Sache hin und spricht sich daher dafür aus, eine entsprechende Kampagne auf möglichst „breite Füße“ zu stellen.

Ausschussvorsitzender Wolfgang Houben merkt an, dass sich der Antrag nicht nur auf die Vorgärten beziehen soll.

7. Städtisches Förderprogramm: Entsiegelung von Vorgartenflächen

Techn. Angestellter Dr. Verjans legt kurz die Eckpunkte der Verwaltungsvorlage dar. Inhaltlich verweist er auf die bisherige Diskussion und weist ausdrücklich darauf hin, dass dies nur als ein Mosaikbaustein eines Gesamtpaketes zum Artenschutz zu verstehen ist.

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser findet es sinnvoll, das Förderprogramm in die finanziellen Haushaltsberatungen im Herbst aufzunehmen. Die Idee als solche hält er für sinnvoll, er wünscht sich jedoch noch präzisere Angaben hinsichtlich der „Vergabemodalitäten“ für die nächste Sitzung.

Ausschussvorsitzender Wolfgang Houben fragt nach, ob dies einem Vertagungsantrag gleich kommt.

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser bejaht dies mit dem Hinweis, dass man definitiv dafür ist.

Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach schließt sich den Ausführungen an, dass die „Vergabemodalitäten“ noch zu präzisieren sind.

Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz fasst daraufhin folgenden Beschluss:

Beschluss-Nr. IX/1148

Der Ausschuss begrüßt grundsätzlich den Vorschlag der Verwaltung. Die Entscheidung hierzu wird vertagt und die Verwaltung beauftragt, zur nächsten Sitzung die „Vergabemodalitäten“ zu präzisieren.

Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

8. Lärmaktionsplan 3. Runde

hier: Ergebnisse der 2. Stufe der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung

Amtsleiter Dieter Hofmanns geht auf die wesentlichen Inhalte des Lärmaktionsplanes ein und erläutert das zugrundeliegende Beteiligungsprozedere (analog B-Plan-Verfahren). Außerdem erklärt er, dass in dem Lärmaktionsplan zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen unterschieden wird. Er teilt mit, dass der Auftrag zur Erarbeitung erster Maßnahmen in den lärmbelasteten Straßenzügen durch ein externes Planungsbüro vergeben sei. Dies sei ein ent-

sprechender Punkt in den bisherigen Beratungen zum Lärmaktionsplan gewesen. Hierüber entwickelt sich eine Diskussion, welche Maßnahmen in welchem zeitlichen Rahmen auch unter der gegenwärtigen Haushaltslage umzusetzen sind. Gefragt seien Maßnahmen, die mit überschaubarem Aufwand effektive Ergebnisse bringen, so z. B. die Einführung von Geschwindigkeitsbeschränkungen.

Daraufhin meldet sich Ausschussmitglied Gerd Sack zu Wort und gibt ausführliche Stellungnahmen zu den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung ab, die zu den im Zuge des Beteiligungsverfahrens vom BUND eingebrachten Punkten gemacht wurden. Er bemängelt, dass die Verwaltung ihre Möglichkeiten für einen effektiven Lärmschutz nicht ausschöpfen würde, was sich in diversen Abwägungsvorschlägen zeigen würde. Mehrfach wirft er in scharfer Form der Verwaltung vor, inhaltlich falsche Aussagen getroffen zu haben, beispielsweise bezüglich der Möglichkeit, die Mehrfachbelastung durch unterschiedliche Lärmquellen zu berechnen. Hier bittet Amtsleiter Dieter Hoffmans um Beibringung von Unterlagen, die diese von der Verwaltung versäumte Möglichkeit darlegt. Er geht des Weiteren auf die seiner Meinung nach zu gering angesetzten Auslösewerte ein und die Ablehnung, im Stadtgebiet „Ruhige Gebiete“ auszuweisen.

Amtsleiter Dieter Hoffmans weist darauf hin, dass es sich stets um nach besten Wissen und Gewissen gemachte Abwägungsvorschläge handele, über die abschließend die Politik entscheidet, so auch im Falle der Festlegung der Auslösewerte und den Verzicht auf die Ausweisung „Ruhiger Gebiete“.

Da der Ausschussvorsitzender Wolfgang Houben bereits auf die Geschäftsordnung der städtischen Ausschüsse und die hier genannte Redezeit von fünf Minuten hingewiesen hatte, unterbricht er Ausschussmitglied Gerd Sack nach einer halben Stunde in seinen Ausführungen. Ausschussmitglied Gerd Sack kommt der Aufforderung des Ausschussvorsitzenden unter Protest nach. Er führt an, dass die Politik gar nicht in der Lage sei, fundiert zu entscheiden, wenn wichtige Argumente nicht vorgebracht werden könnten. Deshalb spricht er sich für eine Vertagung aus. Die politischen Vertreter entgegnen, dass sie sich natürlich intensiv mit den Anregungen des BUND in den Sitzungsunterlagen und den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung befasst hätten und durch aus fundiert entscheiden könnten. Daraufhin wird von Ausschussmitglied Gerd Sack kein offizieller Antrag auf Vertagung mehr gestellt.

Ausschussmitglied Gerd Sack wird vom Beigeordneten Georg Onkelbach gebeten, seine Ausführungen schriftlich einzureichen, damit sie dem Protokoll beigelegt werden können. Es sei für die Schriftführerin schlichtweg unmöglich, die umfangreichen und schnell vorgetragenen mit Fachbegriffen unterlegten Ausführungen zu protokollieren. Ausschussmitglied Gerd Sack sagt zu, die Unterlagen beizubringen.

Ausschussmitglied Gerd Sack hat die Unterlagen am 24.05.2019 beigebracht und ist als Anlage und wesentlicher Bestandteil der Niederschrift als Dokument angehängen.

Hierzu von Seiten der Verwaltung noch folgende Anmerkungen:

- *„Belästigungen“ sind im Gegensatz zu „schädlichen Auswirkungen“ nicht messbar und somit subjektiv. Da auch keine zusätzlichen Belästigungsschwerpunkte bekannt sind, ist auch keine Berücksichtigung im LAP erfolgt.*
- *Das Thema „Fluglärm“ ist ein Belästigungsthema, das von Seiten der Stadt und der Politik außerhalb des LAP's verfolgt wird.*
- *Das Thema „Ruhige Gebiete“ wurde im LAP behandelt. Der Ausschuss hat beschlossen, auf dem Stadtgebiet solche „Ruhigen Gebiete“ nicht festzusetzen. Die Karte des BUND zu*

diesem Thema ist der Politik bekannt und hat im Zuge der 1. Beteiligungsstufe zum LAP vorgelegen.

- *Die Politik hat das Wertepaar 65dB(A)/55dB(A) als Auslösewert für eine Behandlung im LAP beschlossen. Die Empfehlungen des Umweltbundesamts zu diesem Thema sind nach wie vor aktuell und so im Internet zu finden. Insofern ist der von Herrn Sack zitierte Satz „Die Stadt Korschenbroich als zuständige Behörde [...] hat sich entschieden das Wertepaar 65/55dB(A) [...] anzuwenden“ nicht korrekt, aber auf keinen Fall anmaßend.*
- *Die Hinweise auf die Zuständigkeit der Straßenverkehrsbehörde Korschenbroich statt Straßen.NRW ist weitestgehend richtig, führt aber nicht zu einer Anpassungsnotwendigkeit des LAP, zumal beide Behörden in die weitere Planung eingebunden sind.*

Beschluss-Nr. IX/949/3

Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz stimmt den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung zu den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zu.

Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

9. Lärmaktionsplan 3. Runde **hier: Empfehlungen zum abschließenden Ratsbeschluss**

Beschluss-Nr. IX/949/4

Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat nimmt Kenntnis von den im Rahmen der zum Lärmaktionsplan durchgeführten frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung (1.Beteiligungsstufe) vorgebrachten Anregungen sowie den hierzu abgegebenen Stellungnahmen der Verwaltung und den Beschlüssen des Ausschusses für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz vom 22.11.2018 und stellt diese in die Abwägung ein. Die Abwägung zu den vorgebrachten Anregungen wird vom Rat entsprechend den Empfehlungen des Ausschusses abschließend beschlossen.
2. Der Rat nimmt Kenntnis von den im Rahmen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung (2. Beteiligungsstufe) zum Lärmaktionsplan abgegebenen Stellungnahmen der Verwaltung und stellt diese in die Abwägung ein. Die Abwägung zu

den vorgebrachten Anregungen wird vom Rat entsprechend den Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz vom 07.05.2019 abschließend beschlossen.

3. Der Lärmaktionsplan wird vom Rat der Stadt Korschenbroich abschließend beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

10. Ergebnisbericht Baumschutzsatzung 2018

Dr. Theo Verjans erläutert kurz den Baumschutzbericht 2018. Insbesondere geht er auf die Auswirkungen des trockenen Sommers auf den Baumbestand ein und hebt hier die abgestorbenen bzw. noch absterbenden Fichten und Birken hervor. Als Beispiel führt er den Zustand der Birkenallee am Sportplatz Steinhausen an, der eine Fällung erforderlich mache.

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser bedankt sich für die detaillierten, sachlich zutreffenden und zielgerichteten Bericht.

Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach bedankt sich ebenfalls beim Techn. Angestellten Dr. Verjans für seine Arbeit und fragt nach dem MURL zur Einleitung von Wasser in den Trietbach über das Grabensystem Hoppbruch (Einleitstellen bei Haus Horst)

Techn. Angestellter Dr. Verjans führt aus, dass das MURL-Programm sicherlich Schlimmeres im Umfeld des Trietbaches und der Gräben im Hoppbruch verhindert hat. Ansonsten wären die Gräben sicherlich trockengefallen.

Ausschussmitglied Deniz Teppler-Lenzen erkundigt sich nach den, zur Fällung vorgesehenen, Birken der Birkenallee am Sportplatz Steinhausen und fragt nach, ob dort wieder Birken als Ersatz gepflanzt werden - wofür sie sich ausspricht.

Techn. Ang. Dr. Verjans antwortet, dass dies noch nicht geklärt ist, ggf. müsse man hier auf andere Baumarten zurückgreifen. Grund hierfür ist die empfindliche Reaktion der Birke auf den Klimawandel (gerade was trockene Sommer betrifft, die zukünftig öfter zu erwarten sind). Auch sei der Standort auf der Grabenschulter und der nur zeitweise bespannte Graben hier für die Birke nicht förderlich.

Beschluss-Nr. IX/1149

Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz nimmt den Ergebnisbericht der Verwaltung über die im Jahr 2018 gemäß „Baumschutzsatzung“ erteilten Ausnahmen und Befreiungen zur Kenntnis.

11. Gewährung von Zuschüssen an Vereine und Verbände für das Jahr 2019

Ausschussvorsitzender Wolfgang Houben erläutert kurz die Sitzungsvorlage und erkundigt sich nach Wortmeldungen hierzu.

Ausschussmitglied Bernd Makowiack erkundigt sich, ob nur die genannten Vereine Zuschüsse erhalten.

Techn. Angestellter Dr. Verjans erklärt, dass hier nur Vereine benannt sind, die im Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege tätig sind.

Beschluss-Nr. IX/1150

Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser und Energie beschließt, den nachfolgend aufgeführten Vereinen und Verbänden zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben auch für das Jahr 2019 einen Zuschuss in Höhe von je 81,60 € zu gewähren:

1. Deutscher Siedlerbund e.V., Siedlergemeinschaft Korschenbroich
2. Gartenbauverein Korschenbroich
3. Gartenbauverein Kleinenbroich
4. Imkerverein Korschenbroich (Bienenzuchtverein)
5. B. U. N. D. – Ortsgruppe Korschenbroich
6. Vogelschutzgruppe Korschenbroich

Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

12. Mitteilungen

Beigeordneter Georg Onkelbach erläutert die als Anlage der Niederschrift angehangene Präsentation über das Abfallaufkommen der Stadt Korschenbroich für das Jahr 2018 anhand diverser Graphiken und Abbildungen. Er geht hierbei auf die einzelnen Abfallfraktionen und deren mengenmäßige Entwicklung in den letzten Jahren ein und stellt diese im Vergleich zu den anderen kreisangehörigen Kommunen dar.

13. Anfragen von Ausschussmitgliedern

- Ausschussmitglied Wolfgang Lieser berichtet über Arbeiten der Deutschen Glasfaser in Raderbroich. Er bemängelt, dass die Wege nicht ordentlich wieder hergestellt worden sind.

Beigeordneter Georg Onkelbach erklärt die Arbeitsweise der Deutschen Glasfaser. Diese sieht vor, so schnell wie möglich die Leitungen in Korschenbroich zu legen, damit die Digitalisierung vorankommt. Eine endgültige Bearbeitung der Wege läuft im Nachgang. Deswegen ist auch erst im letzten Jahr Steinforth-Rubbelrath abgenommen worden. Selbstverständlich darf keine Verkehrsgefahr davon ausgehen. Dies sollte aber den Bürgerinnen und Bürger der Stadt bekannt sein, weil im Vorfeld Infozettel verteilt wurden.

- Ausschussmitglied Wolfgang Lieser erkundigt sich, ob es bereits Firmen gibt, die bezüglich der kommerziellen Verleihung von E-Scootern im Stadtgebiet an die Verwaltung herangetreten sind.

Beigeordneter Georg Onkelbach berichtet, dass heute eine Entscheidung gegen die Benutzung der Tretroller auf Gehwegen gefällt wurde und er somit davon ausgeht, dass das Geschäft auf diesem Gebiet etwas zurückgehen wird. Bislang liegen keine Anfragen vor.

- Ausschussmitglied Gerd Sack fragt nach, wie die Stadt auf die Fällarbeiten in Herrenshoff reagiert hat. Diese wurden während der Zeit des Brutschutzes und der Amphibienwanderung durchgeführt.

Techn. Angestellter Dr. Verjans berichtet, dass auf Nachfrage der Stadt von Seiten des Rhein-Kreises Neuss erklärt wurde, dass es sich um eine Verkehrssicherungsmaßnahme gehandelt hat. Auch von Seiten der Stadt ist beim Kreis darauf hingewiesen worden, dass doch demnächst eine bessere Abstimmung stattfinden soll.

- Ausschussmitglied Bernd Makowiack merkt zum Abfallbericht der Stadt diverse Punkte an, wie z. B. sinkende Zahl der Altpapierentsorgung, Glasentsorgung und illegale Abfallentsorgung und äußert hierzu diverse Ansichten/Vermutungen, wie es zu den Abweichungen gegenüber den Vorjahren gekommen ist. Hinsichtlich der geschilderten illegalen Abfallentsorgung erinnert er noch einmal an seinen Vorschlag, an entsprechend exponierten Stellen eine Videoüberwachung zu installieren. Dies sei damals unter dem Hinweis auf den Datenschutz abgelehnt worden. Nunmehr hat er im Zuge der Europawahl entsprechende Forderungen einzelner Parteien wiedergefunden.
- Ausschussmitglied Bernd Makowiack berichtet über einen Radiobeitrag, indem über eine Grundwasserverschmutzung in Holzbüttgen berichtet wurde. Wasser aus Gartenbrunnen sollte deshalb gerade nicht für Außenduschen, Plansch- oder Schwimmbekken genutzt werden. Außerdem sollten damit keine Nahrungsmittelpflanzen gegossen werden. Im Grundwasser wurden giftige Kohlenwasserstoffe gefunden. Er erkundigt sich, inwieweit dies Auswirkungen auf Korschenbroich haben könne.

Beigeordneter Georg Onkelbach erklärt, da die Verwaltung nicht die Kreisumweltbehörde ist, bekommt er auch keine Ergebnisse und kann somit nichts dazu sagen. Er wird eine Anfrage an das Kreisumweltamt weiterleiten.

- Ausschussmitglied Gerd Sack bittet die Verwaltung, Kontakt mit dem Niersverband aufzunehmen. Er berichtet, dass das Wasser des Trietbaches im starken Maße versickert. Hierdurch wird z. B. die Wasserführung im BUND-Biotop an der Triet beeinträchtigt. Er bemängelt, dass der Niersverband seinen Verpflichtungen zur Gewässerunterhaltung nicht im ausreichenden Maße nachkommt. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Mitfinanzierung des Niersverbandes durch die Stadt Korschenbroich hin.

Techn. Angestellter Dr. Verjans bestätigt diesbezüglich ein Gespräch mit Herrn Kaiser vom BUND, der ihm die Situation der Wasserführung am Trietbach anhand von eigenen Messungen dargestellt hat. Die Stadtverwaltung wird dementsprechend an den Niersverband

herantreten und auch hier die Untere Wasserbehörde beteiligen, um den Sachverhalt abzuklären. Er verweist dabei aber auch auf die extreme Trockenheit des letzten Sommers.

- Ausschussmitglied Hermann Pflieger berichtet über die Vermüllung am Korschenbroicher S-Bahnhof. Er bittet die Verwaltung, an die zuständige Deutsche Bahn heranzutreten.

Hiermit bestätige ich, dass diese digitale Ausfertigung der Niederschrift mit dem Original übereinstimmt.

gez.

Marc Venten

Bürgermeister